

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Mecklen'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Ennsbürg.

Nr. 276.

Neuenbürg, Freitag, den 24. November 1922.

80. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 23. Nov. Das Ministerium des Innern erläßt die Bekanntmachung wegen der Bestellung militärischer Hilfskommandos bei Notständen. Die allgemeinen Bestimmungen weisen, daß die militärischen Kommandos nur im äußersten Notfall in Anspruch genommen werden dürfen. In erster Linie sind Polizei und Technische Hilfswachen heranzuziehen. Die Kommandos dürfen nur in Anspruch genommen werden bei Gefahr für Leben und Eigentum, ausnahmsweise bei erheblichen Störungen des öffentlichen Verkehrs, zur Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe in Verbindung mit der Technischen Hilfe, zur Abwehrmaßnahmen zur Verhinderung von Notständen.

Weimar, 23. Nov. Der sozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Max Cuad ist für den Posten des Thüringischen Justizministers in Aussicht genommen. — Die Lösungsbestrebungen in Südtüringen haben in letzter Zeit wieder zugenommen. Es ist, wie aus Weimar gemeldet wird, eine besondere Arbeitsgemeinschaft gebildet worden, welche in Wort und Schrift die Vorgänge einer staatlichen Angliederung an Bayern propagieren soll.

Ev. Landeskirchenversammlung II.

In der Mittwochssitzung begannen die Beratungen der Landeskirchenversammlung über ihre Stellungnahme zum Entwurf des staatlichen Kirchengesetzes, der dem Landtag vorliegt. Zu Anfang anerkennt Prof. Dr. v. Zeller das Entgegenkommen des Kultusministeriums gegenüber dem berechtigten Wunsch der Landeskirchenversammlung nach einer solchen Auseinandersetzung. Es sei ihre Pflicht, dem Gesetzentwurf unter dem Gesichtspunkt der kirchlichen Interessen zu prüfen. Die große Bedeutung des staatlichen Kirchengesetzes liege darin, daß es die Basis frei mache für Inkraftsetzung der neuen evangelischen Kirchenverfassung. Die Oberkirchenbehörde wolle ein möglichst gutes, reibungsloses Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Hierzu sei nötig, daß das Selbstverwaltungsrecht der Kirche und ihre öffentlich rechtliche Stellung nicht beeinträchtigt, die Staatsaufsicht auf das Notwendige beschränkt werde und eine möglichst zweifelhafte Abgrenzung der beiderseitigen Rechte und Pflichten erfolge. Der Entwurf, dem in den Grundzügen zuzustimmen sei, solle nach dieser und jener Richtung noch Verbesserungen erfahren. Zum Schluß stellt er fest, daß zwischen Staat und evang. Kirche grundsätzliche Gegensätze nicht bestehen und spricht im Blick darauf die Hoffnung aus, daß vom Landtag die kirchl. Wünsche berücksichtigt werden und das Kirchengesetz bald verabschiedet werde. (Beifall.)

Nach den Ausführungen des Berichterstatters Abg. v. Zeller will der Entwurf das kirchliche Selbstverwaltungsrecht und das staatliche Aufsichtsrecht über die Kirche gemäß Art. 137 der Weimarer Verfassung feststellen. Da es aber ein allgemeines Verwaltungsrecht nicht gibt, müssen die Beziehungen zwischen Staat und öffentlichen Körperschaften nach dem Wesen der einzelnen Körperschaften gestaltet werden. Unter diesem Gesichtspunkt geht der Berichterstatter den Gesetzentwurf durch und behandelt die Erfüllung des kirchenrechtlichen Auftrags, sowie die kirchlichen und milden Zwecke für die Verwendung der Landeskirchensteuer; die Kirche müsse selbst bestimmen dürfen, was ihre Zwecke sind. Die Staatsaufsicht sei allen in einzelne festhalten, namentlich hinsichtlich der Steuerfäden und der Aufsichtspflichten der Kirche. Die kirchliche Selbstverwaltung solle entsprechend den Wünschen weiter Volkstreue noch mehr ausgebaut werden. Weitere Wünsche beziehen sich auf die Zusammenlegung des Verwaltungsgerichtshofes und die Übergabe des kirchlichen Kirchengesetzes, der dem Landtag vorliegt. Der ev. theol. Seminare in Leitung und Verwaltung der Kirche. Das Inkrafttreten der Bestimmungen über die Landeskirchen solle nicht einer unbestimmten Zukunft überlassen und die wechselseitige Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche möglichst weitgehend in vorläufiger Weise ausgeführt werden. Dem Staat, was des Staates ist, aber auch der Kirche, was der Kirche ist, für ihre Wirksamkeit an der Seele des Volkes! (Beifall.) — Der Mitberichterstatter D. Holzinger stellt sich grundsätzlich auf denselben Standpunkt und wendet sich gegen die im Entwurf getragene Bevormundung der Kirche. Die Umschreibung der kirchlichen Zwecke im Entwurf sei schon durch unsere Verhältnisse überholt, und die Aufsichtspflicht der Kirche dürfe nicht ins unbeschränkte ausgebeugt werden.

In der hierauf beginnenden Aussprache betont Abg. v. Reiter, daß die in Aussicht genommene allzu bürokratische Bewusstseinsbildung der Kirche den Staat viel Zeit und Geld koste und dem Geist der Reichsverfassung widerspreche. Abg. v. Scholl erklärt sich einig mit dem im Landtag fast allerseits geäußerten Wunsch, daß die Neuordnung ein reibungsloses Verhältnis zwischen Staat und Kirche herbeiführen möge und zeigt in Hauptgrundsätzlichen Ausführungen, daß auch der neue weltliche Staat und die neue als Selbsttätigkeit ihrer Glieder und Bewegung um die Volkseele eingestellte Kirche nicht gleichgültig nebeneinander hergehen können. Ein feindsüchtiges Verhalten des Staates gegen die Kirche, wie es jetzt in manchen deutschen Ländern beliebt werde, schädige diesen selbst, umgekehrt würde sich auch die Kirche durch Staatsfeindschaft selbst schädigen. Die Kirche ist dankbar für staatliche Ordnung und staatliches Wohl-

wollen; der Staat braucht die Kirche zur Pflege der innersten Volkstreue. Die Unterscheidung der kirchl. und milden Zwecke in § 8,5 des Entwurfs ist unhaltbar, ob sie nun aus Furcht vor einer Schädigung der staatlichen Steuerquellen durch die Kirche begründet werden möge oder aus einem neuen Staatsbegriff, wonach der Staat das Volk durch Übernahme der Wohlfahrtspflege an sich zu binden sucht. Die Kirche kann sich aus geschichtlichen und in ihrem Wesen liegenden Gründen nicht von ihrem sozialen Arbeitsgebiet abdrängen lassen. (Beifall.) — Abg. Müller führt zu demselben Punkt aus, daß jene Unterscheidung die Kirche in ihrer Entwicklung flügellos mache. Die Kirche werde schon im eigenen Interesse ihre Steueransprüche nicht überspannen. Der Entwurf lege in der Kirche fast nur eine Rechtsanfrage und halte sie für ewig. Ideal nicht genügend vor Augen. Es sei herzlich zu wünschen, daß die symbolischen Worte des sozialdemokratischen Redners im Landtag über die Bedeutung der Religion in allen Schichten der Vorker durchdringen. — Abg. Waber ist unterstellt die Ausführungen der Vorker und spricht dem Landtag den Dank des Pfarrverbandes für die feierliche Regelung der Gehaltsfragen aus. Die Landeskirchensteuer müsse grundsätzlich zur Befriedigung neuer kirchlicher Bedürfnisse verwendet werden und dürfe keinen langen Ausschub mehr. — Abg. Weiger zeigt als Sachverständiger am Beispiel der Diakonissenhäuser, daß die Arbeit der Innern Mission eine Lebensaufgabe der Kirche ist. — Abg. Kirscht v. Soden lobt die Klarheit der Verhandlungen, mit denen sich die Landeskirchenversammlung jetzt notgedrungen befassen müsse, doch in die Erfüllung des inneren Berufes der Kirche bedeutungsvoll eingreifen; von kirchlichen Wachtansprüchen weiß sich die Landeskirchenversammlung frei (starker Beifall), wolle aber die Wege ebnen für den Dienst der Kirche an der Volkseele. — Nächste Sitzung Donnerstag vormittag 9 Uhr.

Ein bayerischer Protobilligungsantrag.

München, 22. Nov. Die Landtagsfraktionen der Bayerischen Mittelpartei und der Bayerschen Volkspartei haben beim Landtag folgenden Antrag eingebracht, der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung aufzufordern, die Reichsregierung umzulegen zu veranlassen, daß erstens eine tatsächlich fühlbare Protobilligung zu Gunsten der wirtschaftlich Schwachen durch eine Protobillpflicht aller wirtschaftlich Starken sichergestellt werde, zweitens daß das Gesamtergebnis für Bayern um mindestens die Hälfte herabgesetzt werde, drittens für das Umlagegetriebe der jeweilige freie Durchschnittsmarktpreis mit 75 Prozent für die einzelnen Lieferungsstermine reichsweit festgesetzt wird, viertens der Landwirtschaft eine bindende Zusicherung zur Einführung der freien Viehwirtschaft für das Wirtschaftsjahr 1923 hat und deutlich gegeben werde.

Nationalsozialistischer Debatte im bayerischen Landtag.

München, 22. Nov. Bei der Fortsetzung der Debatte im Landtag über die Nationalsozialistische Bewegung machte heute Abgeordneter Hilt (Dem.) dem Minister des Innern, Dr. Schneider, den Vorwurf, er habe gestern als Leiter der Parteiminister gedroht und gerade eine Vereitelung der Nationalsozialisten versucht. Die Art, wie sich die nationale Bewegung der Hitler-Verneinung habe, sei alles andere als unzulänglich. Minister Dr. Schneider erklärte, der Abgeordnete Hilt habe ein System verheißt, das nichts anderes sei als die Erhebung des Terrors zum staatlichen Grundgesetz. Die Angaben Hilt über eine Verdrängung des Reichsgebietes der „Münchener Post“ seien unzutreffend. Er, der Minister, habe, nachdem die sozialdemokratische Abordnung ihm mitgeteilt hatte, daß das Gewerkschaftshaus gekürrt werden solle, Hitler selbst kommen lassen und ihm Vorhaltungen gemacht. Dieser habe ihm ehrenwörtlich versichert, daß ihm etwas Derartiges nicht in den Sinn kommen würde. In einem Verbot der nationalsozialistischen Versammlung in Regensburg habe kein Anlaß bestanden, weil Vorbehalte getroffen gewesen sei, daß die Teilnehmer unbewaffnet abreisen würden. Eine bedenkliche Tatsache aber sei es, daß die Eisenbahnbetriebsräte mit Sabotage und Streik gedroht und erklärt hätten, daß der Zug auf keinen Fall nach Regensburg kommen würde. Die Regierung wolle den Vorwurf zurück, daß sie ihre Pflicht verkannt habe oder daß die Polizei ihrer schweren Aufgabe nicht gewachsen gewesen sei.

Die süddeutschen Postbeamten und der neue Postminister.

Die „Deutsche Postgewerkschaft“, das Organ der Postbeamten und Postarbeiter Süddeutschlands, also auch Württemberg, begrüßt in seiner neuesten erschienenen Nummer auf das wärmste den neuen Reichspostminister Stöckl und sagt, daß die Beamten aller Grade Reichspostminister Stöckl unerschütterliches Vertrauen entgegenbringen, nicht nur die süddeutschen, sondern auch die norddeutschen.

Die neuen Reichsminister.

Rudolf Diefel, der neue Innenminister, wurde am 13. November 1868 in Godingen geboren. Er war lange Zeit Redakteur an der „Frankfurter Zeitung“. Er ist Mitglied der demokratischen Landtagsfraktion und gehörte bis April 1920 der vorkrieglichen Regierung als Minister für öffentliche Arbeiten an. — Stöckl, der neue Reichspostminister, war vor seiner Übernahme in den Reichsdienst Oberpostdirektor in Landshut und eine Zeit lang als Oberregierungsrat Leiter der Personalabteilung des bayerischen Verkehrsministeriums. Nach dem Rück-

tritt des Herrn v. Kahr wurde Stöckl von einigen Seiten als Kandidat für den bayerischen Ministerpräsidentenposten genannt. — Dr. v. Rosenberg, der Außenminister, der im 48. Lebensjahre steht, ist seit Dezember 1921 Gesandter in Kopenhagen nachdem er das Reich seit 1920 in Wien vertreten hatte. Im Jahre 1905 war er Botschafter in Antwerpen, 1906 berief man ihn ins Auswärtige Amt zurück.

Berlin, 23. Nov. Der für das Außenministerium in Aussicht genommene deutsche Botschafter in Kopenhagen und frühere Botschafter in Wien, von Rosenberg, ist gestern abend 9 Uhr in Berlin eingetroffen, um mit dem Reichsminister und dem Reichspräsidenten über das ihm angebotene Amt zu verhandeln. Er wird sich zur Übernahme oder Ablehnung erst im Lauf des heutigen Tages entscheiden.

Der Vertrauensantrag.

Berlin, 23. Nov. Wie das „B. Z.“ hört, besteht in den Kreisen der Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft die Absicht, einen Vertrauensantrag einzubringen, der etwa lauten würde: „Der Reichstag billigt die Erklärungen der Reichsregierung.“ Die Parteien der Arbeitsgemeinschaft werden voraussichtlich geschlossen für ein solches Votum stimmen. Da die Regierungserklärung die letzte deutsche Reparationsnote als Vorbehalt bürfte, diese aber bekanntlich unter Mitwirkung und Zustimmung der Sozialdemokratie zu Stande gekommen ist, kann damit gerechnet werden, daß die Sozialdemokraten nicht gegen das Vertrauensvotum stimmen werden, während eine Ablehnung der Deutschnationalen, von denen die Rote als zu weitgehend erachtet wird, nach Ansicht parlamentarischer Kreise eher in Frage kommt. Die Kommunisten dürften jedenfalls in der Opposition stehen.

Äußerungen der Berliner Presse.

Berlin, 23. Nov. Die Berliner Presse nimmt heute durchweg noch einmal Stellung zur offiziellen Übernahme der Regierung durch Dr. Cuno. Das „Berliner Tageblatt“ schiebt seine geherrn geäußerten Bedenken teilweise beiseite und spricht die Erwartung aus, daß das Ministerium seine Gehalt als Übergangskabinet nicht verweisen möge und daß es eine stabilen Mehrheit ersprechende Umbildung in Auge behalten werde. Das Schicksal des neuen Kabinetts hänge von der Regierungserklärung ab. Der „deutsche Volkszeitung“ nimmt an, daß die Regierung sehr bald mit der Sozialdemokratie in Konflikt kommen dürfte. Das Blatt wünscht, daß die Regierung aus der dann geschaffenen Lage die Folgerung in der Richtung ziehe, daß sie eine Unterstützung bei den Deutschnationalen suche. Der „Schwabenspiegel“ der ersten Linie sei ausgegült worden, indem man ein Mitglied des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei in die Regierung aufgenommen habe. Der „Vorwärts“ wendet sich auch heute wieder scharf gegen die „alten neuen“ Männer und glaubt schließlich, alle Verantwortung zu haben, eine Schenkung der Wirtschaftspolitik zu befürworten. Er warnt davor und betont, daß die Regierung an dem Widerstand der Arbeiterschaft scheitern werde, wenn sie nicht alle Mittel in Bewegung setze, wieder zu stabilen Verhältnissen zu gelangen. Die linksdemokratische „Berliner Volkszeitung“ sagt, daß man es schmerzlich bedauern müsse, daß man wieder ein Kabinet habe, das nicht durch eine breite parlamentarische Mehrheit gestützt werde. Das Kabinet Cuno sei eine Minderheitsregierung.

Ausland.

Heimwehren und Arbeiterwehren in Oesterreich.

In Oesterreich ist der Gegensatz zwischen den Heimwehren und den Arbeiterwehren in letzter Zeit, besonders in Steiermark, immer scharfer. Kürzlich hatten die bewaffneten Arbeiterwehren in dem Fabriksort Floridsdorf bei Wien sogar eine Art Probemobilisierung. Auf ein gegebenes Zeichen wurden alle dortigen Fabriken alarmiert und die bewaffneten Arbeiter marschierten in kurzer Zeit in geschlossenen Kompanien vor dem Floridsdorfer Rathaus auf. Ihre Stärke wurde auf eine kriegsstarke Brigade, die auch mit technischen Abteilungen ausgerüstet war, geschätzt. Diese „rote Armee“ unternahm sodann eine regelrechte Feldblüthenübung, der die Generalidee einer bewaffneten Requisition bei den Pönnern nördlich der Donau zu Grunde lag. Eine ähnliche nächtliche Mobilisierung hatte nun auch am 8. d. Mts. ein Teil der Arbeiterwehren von Judenburg in Steiermark sich zum Ziele gesetzt. Eine bewaffnete Arbeiterabteilung in Stärke von 150 Mann umzingelte in der Dunkelheit das Dorf Waltersdorf und zwang die Bevölkerung durch die Drohung mit dem Einschleichen in die Häuser und mit dem Anzünden der Häuser, sich eine Durchsicherung der Gehöfte nach Waffen gefallen zu lassen. Auf diesen Hebergreif hin wurden eine Anzahl Arbeiterführer in Judenburg verhaftet. Diese Verhaftung wurde in der Weise bewirkt, daß Judenburg in der Nacht zum Dienstag von 200 Mann Gendarmerie besetzt und die zu Verhaftenden aus den Betten herausgeholt wurden. Daraus wurde sofort die ganze Arbeitererschaft von Judenburg alarmiert, während andererseits auf Aufforderung der Landesregierung ein halbes Bataillon des Alpenjägerregiments Nr. 9 und eine Kompanie des Alpenjägerregiments Nr. 10 mit Auto und Wagn nach Judenburg gebracht wurde, wo alsdann Militär- und bewaffnete Arbeiterwehren, nur durch die Narbrüde getrennt, einander gegenüberstanden.

den Fallstand der Vertreibung der Gesellschaft gegen die...
die größte Auswahl in...
Pagen, Klapp-Sportwagen...
in einfach bis kompliz...
möbel, Anheftbüch...
r und Lederwaren...
Ausführung faulen Sie...
ross, Pforzheim...
erstraße und Baumstr...



Den schönsten Glanz für wenig Geld Durch Schuhputz Pilo man erhält

Eyachtal. Unterzeichnete verkauft...
ausgehalber Sonntag, von 11 Uhr, 2 weiße hornlose Ziegen...
und ein 6 Monate alter Jung. Eugen Haubert...

Einladung. Verwandte, Freunde und Bekannte...

5. November 1922. „Nögle“ in Weinberg...

ts=Feier. einzuladen. Marie Kirchherr, Zainen.

ohlraben, ben,

Unterreichenbach. Von 2.

Engländerle. Eine starke junge Kuh hat zu verkaufen Gottlieb Meuschler.

Das Schwurgericht...
Die Zahl der von der Schwurgericht...
Das Urteil wird...
Handel und Verkehr...
Stuttgart, 23. Nov. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und...
Hamburg, 23. Nov. Die Hamburg-Amerika-Linie hat...
Paris, 23. Nov. Der Heceresauschuss hat sich mit 16...
Stuttgart, 23. Nov. Die gestrige Notiz über eine...
Darmstadt, 23. Nov. Nach zweitägigen Verhandlungen...
Stuttgart, 23. Nov. Die Vertreter der Bergarbeiter...
Stuttgart, 23. Nov. In der Nacht zum Mittwoch wurde...
Stuttgart, 23. Nov. In der Nacht zum Mittwoch wurde...

den Angreifern, die in der Ueberzahl und mit besseren Waffen...
Krefeld, 23. Nov. In mehreren Städten des nieder...
Braunschw. 23. Nov. Der Polizeibericht meldet: Bei den gestrigen Störungen wurde ein Polizeibeamter durch...
Berlin, 23. Nov. Die Deutschen-Ausweisungen in Polen bleiben an der Tagesordnung. Eine deutsche Lehrerin...
Berlin, 23. Nov. Der Reichstag setzte in kurzer Sitzung die Aussprache über die Umgestaltung seiner Geschäftsordnung fort. Die „B. Z.“ meldet: Der Betrieb der Hochbahn wird heute nachmittags um 1 Uhr eingestellt...
Berlin, 23. Nov. Unmittelbar nach Eröffnung der heutigen Reichstags-Sitzung wird Reichstagskanzler Dr. Gans die Regierungserklärung abgeben. Es ist beabsichtigt, darauf eine zweitägige Pause einzutreten zu lassen...
Stuttgart, 23. Nov. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und...
Hamburg, 23. Nov. Die Hamburg-Amerika-Linie hat...
Paris, 23. Nov. Der Heceresauschuss hat sich mit 16...
Stuttgart, 23. Nov. Die gestrige Notiz über eine...
Darmstadt, 23. Nov. Nach zweitägigen Verhandlungen...
Stuttgart, 23. Nov. Die Vertreter der Bergarbeiter...
Stuttgart, 23. Nov. In der Nacht zum Mittwoch wurde...
Stuttgart, 23. Nov. In der Nacht zum Mittwoch wurde...

wie für das erste Haushaltsjahr so auch nach der vorläufigen...
Die Pressestelle weist weiterhin auf die sprunghafte Erhöhung...
Vorherrschende Regierungsverhältnisse...
Berlin, 24. Nov. Unmittelbar nach Eröffnung der heutigen Reichstags-Sitzung wird Reichstagskanzler Dr. Gans die Regierungserklärung abgeben. Es ist beabsichtigt, darauf eine zweitägige Pause einzutreten zu lassen...
Stuttgart, 23. Nov. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und...
Hamburg, 23. Nov. Die Hamburg-Amerika-Linie hat...
Paris, 23. Nov. Der Heceresauschuss hat sich mit 16...
Stuttgart, 23. Nov. Die gestrige Notiz über eine...
Darmstadt, 23. Nov. Nach zweitägigen Verhandlungen...
Stuttgart, 23. Nov. Die Vertreter der Bergarbeiter...
Stuttgart, 23. Nov. In der Nacht zum Mittwoch wurde...
Stuttgart, 23. Nov. In der Nacht zum Mittwoch wurde...

Handel und Verkehr.
Stuttgart, 23. Nov. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und...
Hamburg, 23. Nov. Die Hamburg-Amerika-Linie hat...
Paris, 23. Nov. Der Heceresauschuss hat sich mit 16...
Stuttgart, 23. Nov. Die gestrige Notiz über eine...
Darmstadt, 23. Nov. Nach zweitägigen Verhandlungen...
Stuttgart, 23. Nov. Die Vertreter der Bergarbeiter...
Stuttgart, 23. Nov. In der Nacht zum Mittwoch wurde...
Stuttgart, 23. Nov. In der Nacht zum Mittwoch wurde...

An jene Postbezieher,



welche mit der Nachzahlung für den „Engländer“ noch im Rückstand sind, hört die Lieferung mit dem 25. Noobr. auf. Bei verspäteter Nachzahlung kann eine Weiterlieferung aus posttechnischen Gründen nicht mehr erfolgen. Wir bitten daher dringend, wo die Nachzahlung noch nicht stattgefunden, solche unerzwinglich zu bewerkstelligen. Von einer Nachnahme des Betrages sehen wir der hohen Kosten wegen ab.

